

Pretzells Podium



An der Universität zu Köln regt sich Widerstand gegen eine umstrittene Podiumsdiskussion. (Foto: dav)

Die Kölner Studierendenzzeitung (*ksz*) **nimmt ihren Bildungsauftrag sehr ernst. Zur Landtagswahl im kommenden Jahr in Nordrhein-Westfalen veranstaltet sie eine Podiumsdiskussion mit Mitgliedern der Parteien, die sich Hoffnung auf Sitze in Düsseldorf machen. Und weil man bei der *ksz* der Überzeugung ist, dass es nicht ihre Aufgabe sei, über die Legitimität von Positionen zu entscheiden, darf auch AfD-Landesvorsitzender Marcus Pretzell mitdiskutieren. Das sorgt für Kritik.**

Pretzell hat schnell Karriere gemacht in der AfD. Seit 2014 ist er Landesvorsitzender, 2015 wollte er Geflüchtete mit Waffengewalt an der Grenze stoppen lassen und spätestens nach seiner öffentlich gewordenen Liaison mit Frauke Petry – das rechtspopulistische Traumpaar – darf er sich zur ersten Garde der Partei zugehörig fühlen. Dieses Jahr wurde Pretzell aus der rechtspopulistischen Fraktion Europäische Konservative und Reformen rausgeworfen, danach trat er der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit im Europaparlament bei – und pflegt dort Kontakte zu Mitgliedern von anderen fremdenfeindlichen bis rechtsradikalen Parteien wie Front National, Lega Nord oder der Partij voor de Vrijheid von Gert Wilders.

Dass eine Person mit solch einer bisherigen Vita nun gemeinsam mit Gabriele Ham-

melrath (SPD), Serap Güler (CDU), Arndt Klocke (Bündnis 90/Die Grünen), Yvonne Gebauer (FDP) und Özlem Alev Demirel (Die Linke) an der Podiumsdiskussion in der Aula der Universität zu Köln teilnehmen soll, führte zu Protesten gegen die Veranstaltung.

Bündnis fordert Ausladung

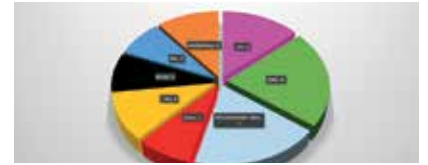
In einem offenen Brief fordern campus:grün, die Juso Hochschulgruppe, RE:COLOGNE – Kölner Studis gegen Rechts, Köln gegen Rechts und weitere Organisationen die öffentliche Ausladung von Pretzell. „Wer vermeiden möchte, dass die AfD ebensolche Erfolge erzielt, sollte ihr nicht die Möglichkeit geben, sich selbst als normalen Teil der politischen Landschaft zu inszenieren“, heißt es in dem Schreiben. Statt Pretzell sollten lieber geflüchtete Studierende eingeladen werden, da sie zum Thema „Wie kann die Hochschule bei der Integration von Geflüchteten helfen“ die wirklichen Expert*innen seien. Man wolle dem lebensfeindlichen Zukunftsentwurf der AfD eine Gesellschaft entgegenstellen, die auf gegenseitiger Unterstützung, materieller Absicherung, Bedürfnisbefriedigung, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung fuße.

In der Kommentarspalte der Veranstaltung regt sich ebenfalls Widerstand: „Warum wird mit Marcus Pretzell ein Vertreter einer Partei eingeladen, die offen gegen Minderheiten und benachteiligte gesellschaftliche Gruppen hetzt? Auch das Format ist ungeeignet, um sich kritisch mit Pretzell und der AfD auseinander zu setzen. Hier wird eine Bühne für ihre Hetze aufgeboten“, schreibt ein Nutzer. Auch der AStA der Universität Duisburg-Essen schließt sich der Kritik an. „Die AfD vertritt keine legitime Meinung, sondern betreibt politische Hetze gegen marginalisierte Gruppen und hilflose Menschen. Wir dulden keine Normalisierung des Faschismus“, meint AStA-Vorsitzende Joey Strasdat.

ksz wehrt sich

Die *ksz* hat auf die Kritik ebenfalls ein Statement veröffentlicht. Darin heißt es: „Als Medium ist es unsere Aufgabe, gesellschaftliche Debatten zu moderieren. Es ist nicht unsere Aufgabe, über die Legitimität von Positionen zu entscheiden.“ Auf Anfrage der aktuell erklärt *ksz*-Redakteur Cem-Odos Güler: „Wir finden es wichtig, dass Menschen die Möglich-

Wählende Studierende



Die Ergebnisse der langen StuPa-Wahl-nacht für euch zusammengefasst auf **Seite 4**

Weinende Demokratie



Warum die Wahl der BckS-Referent*innen vergangene Woche zum Heulen war lest ihr auf **Seite 5**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

keit haben, sich über die Positionen von Parteien zu informieren: Und das nicht nur über die Eigendarstellung der Partei. Deshalb wollen wir die Parteien auf unser Podium holen, um ihnen kritische Fragen zu stellen und ihre Selbstdarstellung zu hinterfragen.“ Die Redakteur*innen hätten sich seit zwei Monaten mit viel Engagement mit der inhaltlichen Gestaltung beschäftigt. Auch friedliche Proteste gegen die AfD seien zugelassen.

NPD, Die Rechte oder Republikaner hätte man vermutlich trotzdem nicht eingeladen, auch wenn sie ähnliche Wahlprognosen wie die der AfD erreichen würden, sagt Güler. „Diese Parteien werden, im Falle der REP wurden, vom Verfassungsschutz überwacht und werden demnach von unserer Demokratie als eine potenzielle Gefährdung angesehen“, erklärt er. Folgt man dieser fragwürdigen Argumentation hätte aber auch die Linkspartei nicht eingeladen werden dürfen, die in einigen Bundesländern überwacht wird. Und auch die AfD nicht, da in Bayern laut dem Leiter des dortigen Verfassungsschutzes Burkhard Körner bereits einzelne AfD-Abgeordnete überwacht werden. **[dav]**

"Von humanitärer Asylpolitik kann keine Rede sein"

Kommentar

Zum Konsumieren sind sie da

Von Meiko Huismann

Jeder Gang zur Mensa am Essener Campus wird zur Qual. Früher wurde die gute alte Campustüte einmal im Semester verteilt und gut. Jeden Tag aufs Neue buhlen heute irgendwelche Plattformen für Jobs oder breit grinsende Vertreter*innen der *Süddeutschen Zeitung* um die Gunst der Studierenden. Oder wir wäre es mit dem neuen Damen-duft „Rosebomb“ von Viktor und Rolf?

Täglich beginnt der Konsumwahnsinn im Essener Mensafoyer. Selbst während der Wahlwoche wurde mächtig geworben. Der Wahlausschuss musste gut geschützt vor den Blicken der Studierenden in die hinterletzte Ecke verschwinden. Stattdessen durften Vertreter*innen Studierende mit Konsumprodukten zumüllen. Wie das Foyer ausschaut, nachdem die Damen und Herren die Campustüten verteilt haben, ach was, wenn den Damen und Herren alle Tüten aus der Hand gerissen wurden, ist für mich unerträglich. Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein am Arsch! Bei der letzten Verteilung kam mir eine Studierende entgegen und hatte fünf Campustüten getragen.

Die Marketingagenturen haben die Zeichen erkannt. Politikverdrossenheit und Konsumfreude haben längst auch auf dem Campus Einzug gehalten. Der selbsternannte Marktführer im Hochschulmarketing ist der Campus-Service mit Hauptsitz in Köln. Auch für das Essener Mensafoyer ist diese Agentur verantwortlich. Also wenn irgendwer, beispielsweise eine Fachschaft, einen Vorverkauf für eine ihrer Partys organisieren möchte, dann muss sich die Fachschaft nicht etwa beim Studierendenwerk melden, sondern beim Campus-Service in Köln. Das Studierendenwerk hat die Vermietung der Fläche im Mensafoyer komplett in die Domstadt ausgegliedert. Denn von dort aus können die Belange der Studierenden auch klasse beurteilt werden. Sprich: Es kann durchaus sein, dass eine Anfrage drei Wochen dauert, bis das Einverständnis kommt und der Vorverkauf genehmigt ist. Für mich ergibt das auch Sinn. Mit einem Vorverkauf von Fachschafts-Partys verdient der Campus-Service ja nichts. Dann doch lieber die *Süddeutsche Zeitung* auf die Studierenden hetzen, oder den ADAC, oder irgendeine Arbeitsvermittlung, die Studierende in den zweifelhaften Arbeitsmarkt der Leiharbeit locken will oder den neuen Duft von Viktor und Rolf. Liebes Studierendenwerk: Ich möchte an einer Universität studieren und nicht konsumieren.



Protest bei Parteitag: Kommenden Dienstag veranstaltet die CDU ihren Bundesparteitag in der Gruga-Halle. (Foto: mehu)

Es ist keine zwei Wochen her, als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihr Bestreben verkündete, zum vierten Mal als Regierungschefin bestätigt werden zu wollen. Am Dienstag, 6. Dezember, wird die Essener Gruga-Halle Schauplatz des Bundesparteitages der CDU – und der wird auf eine Gegendemonstration stoßen.

Etwa 1.000 Delegierte aus der gesamten Bundesrepublik versammeln sich kommende Woche in der Messehalle, um über die parteipolitische Ausrichtung für den Bundestagswahlkampf zu debattieren. Dabei haben Themen wie eine parteiinterne Abstimmung über die Möglichkeit, Volksentscheide auf Bundesebene einzuführen sowie die Geflüchtetenpolitik einen besonderen Stellenwert in der Tagesordnung. Der CDU-Leitantrag, der unter anderem der *Berliner Zeitung* vorliegt, sieht unter anderem vor, im Mittelmeer aufgenommene Geflüchtete zurück nach Afrika statt zur Asylantragstellung nach Italien zu bringen. Damit versucht die CDU, sich ihrer Schwesterpartei anzubiedern. Die verweigert nämlich eine Regierungsbeteiligung, wenn die von der CSU geforderte Obergrenze nicht eingeführt wird.

Die deutsche Grenze wird in Afrika verteidigt

Als Merkel im September vergangenen Jahres tausende Geflüchtete wegen der menschenunwürdigen Zustände in Ungarn nach Deutschland kommen ließ und mit ihren Satz „Wir schaffen das“ eine breite Debatte auslöste, wurde ihr von vielen humanitäres Handeln bescheinigt. „Auf diese Worte folgten viele Taten, die so gar nicht ins Bild einer humanitären Flüchtlingspolitik passen, aber so genau schauen die meisten Leute dann gar nicht mehr hin“, kritisiert Stefan Sander, Pressesprecher der Antifa Essen Z. Er vermutet hinter ihrem Handeln im vergangenen Jahr etwas anderes: „Was dabei oft vergessen wurde, ist, dass die Bundesregierung sicherlich auch

wirtschaftliche Interesse mit der Aufnahme dieser Flüchtlinge verknüpft hat.“ Oft werde – „bis weit in linksliberale und linke Kreise hinein“ – vergessen, welche geflüchtetenpolitischen Maßnahmen unter der Union und SPD umgesetzt wurden. „Seit Ende 2015 setzt die Große Koalition eine Asylrechtsverschärfung nach der nächsten durch: Angefangen beim EU-Türkei-Deal, mit dem Flüchtlinge aus dem Nahen Osten von Europa ferngehalten werden sollen, über die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, Abschiebungen in das Bürgerkriegsland Afghanistan und die Aussetzung des Familiennachzugs bis hin zu schikanierenden Wohnsitzauflagen“, fasst Sander die jüngsten Rechtsverschärfungen zusammen. Zudem spricht sich Merkel – gegen die Vorstellungen der Europäischen Kommission – für Abkommen mit nordafrikanischen Ländern nach Vorbild des EU-Türkei-Deals aus, weshalb sie im Oktober Mali und Niger bereiste. „Bei realistischer Betrachtung kann von einer humanitären Asylpolitik also keine Rede sein“, resümiert Sander. Vor allem deswegen spricht er sich klar gegen eine vierte Amtszeit der Kanzlerin aus: „Weitere vier Jahre Merkel sind also für uns ganz sicher kein Grund zur Freude.“

Aufgrund der Wahlerfolge der AfD und ihrer aggressiven Stimmungsmache sieht auch Sanders die Notwendigkeit, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Er beobachtet aber, dass während der stetigen Kritik der AfD keine Auseinandersetzung mit den Unionsparteien und der SPD geschehe. „Es sind schließlich diese Parteien – wahlweise mit Unterstützung der Grünen –, die in Bundestag und Bundesrat eine Asylrechtsverschärfung nach der nächsten durchsetzen“, hebt er hervor. Weil der öffentliche Diskurs eher in einer Kritiklosigkeit gegenüber der Großen Koalition münde, hat die Antifa Essen Z am 6. Dezember ab 17 Uhr unmittelbar vorm Veranstaltungsort des Bundesparteitages der CDU eine Demonstration angemeldet. „Denn genau dort werden die nächsten Asylrechtsverschärfungen vorbereitet“, begründet Sander. [fro]

Selbstversorger gegen RWE

Ende vergangenen Jahres hat Saul Luciano Lliuya gegen den RWE-Konzern mit Sitz in Essen Anklage erhoben. Grund dafür ist die drohende Zerstörung des Feldes und des Hauses des peruanischen Bergführers, der auch Selbstversorger ist, durch das Schmelzen nahegelegener Gletscherlagunen. Dies hätte den Anstieg des Wassers zu Flutwellen zur Folge, die das Dorf nahe Huaraz überschwemmen werden. Schuld daran haben soll der Klimawandel, der unter anderem einen globalen und lokalen Temperaturanstieg hervorruft. Der RWE-Konzern soll maßgeblich durch den Ausstoß von CO₂-Emissionen, zum Beispiel durch Braunkohlekraftwerke, zur Veränderung der klimatischen Bedingungen auf unserem Planeten beitragen – und damit auch zur Zerstörung des Dorfes, in dem Saul lebt. Ob das Landgericht Essen die Verantwortung RWEs anerkennt, wird im Verlauf des Prozesses geklärt.

Saul, zwei Nebenkläger und ihre Anwältinnen sitzen den RWE-Vertretern, unter anderem dem hauseigenen Rechtsanwalt so wie dem Vertreter für Umweltrecht der RWE, gegenüber. Drei Richter betreten den Saal, der gefüllt ist mit Presse- und Medienschaffenden, Vertreter*innen von der Umweltorganisation *germanwatch*, die Saul unterstützen, so wie Zuschauenden. Alle erheben sich, damit beginnt der erste Prozesstag. Die Anwältin Sauls, Roda Verheyen, die sich auf Umweltrecht spezialisiert hat, verliert kurz die Situation. Das Eigentum des Beklagten, das staatlich geschützt ist, wird wegen der Auswirkungen des Klimawandels zerstört werden. Die Lagunen werden sich befüllen und schließlich Wassermassen ins Dorf strömen. Auch, weil RWE zu viel emittiert haben soll. Jetzt wird Beteiligung an den deswegen errichteten Schutzmaßnahmen in Höhe der Mitverantwortung RWEs am globalen Klimawandel gefordert: 0,47% der Treibhausgase wurden durch RWE verursacht. Darum soll ebendiese Prozentzahl der Kosten der Schutzmaßnahmen von dem Konzern getragen werden. 17.000 Euro an den peruanischen Gemeindegemeinschaften gezahlt werden und 6.000 an den Kläger.

Verantwortung ist für Loser*innen

Dass RWE diese für den Konzern lächerliche Summe nicht zahlt, um mediale Aufmerksamkeit und ein zivilrechtliches Verfahren zu umgehen, liegt daran, dass es RWE darum geht, die Kausalität des eigenen Ausstoßes von Treibhausgasen und dem Temperatur- und Wasseranstiegs in Peru zu untergraben. Damit will sich der Konzern der Verantwortung entziehen, aus Angst vor weiteren Klagen und Schadensersatzforderungen so wie dem Eingeständnis, das rücksichtslose Wirtschaften plötzlich strafbar sein soll. Die Umweltanwältin Verheyen führt an, dass das Handeln RWEs an sich nicht beklagbar sei, das



Saul Luciano Lliuya vor Prozessbeginn gegen RWE vor dem Essener Landgericht. (Foto: lys)

unzumutbare Ergebnis des Handelns jedoch schon: „Mein Mandant würde sonst überflutet und könnte nichts dagegen tun.“

Der gesamte Prozesstag mutet philosophisch an; Grundfragen müssen geklärt werden. Wie kann Verantwortung zugeschrieben werden und inwieweit muss das in einem zivilrechtlichen Verfahren passieren? Der Klimawandel ist ein neues Phänomen der Menschheit, trotzdem muss bestehendes Recht auf die neue Situation angewendet werden. Das Rechtssystem beruht auf Kausalitäten und deren Zuschreibungen: Wer hat ursächlich was zu verschulden? Den staatlichen Gerichten komme, wegen des Fehlens eines globalen Instruments das bezüglich Klimaschäden entscheide, eine „regulative Verantwortung“ zu, so Verheyen. Sie müssten den Weltklimabericht ernst nehmen, der die wissenschaftliche Fundierung lege für die Erklärung des linearen Zusammenhangs zwischen Treibhausgasen und dem daraus errechenbaren Temperaturanstieg. Dabei bestehe eine gewisse Unschärfe, auf die sich RWE beruft.

RWE will Moleküle

Erwidert wird von der Gegenseite, dass sich die Treibhausgase, die RWE ausgestoßen hat, nicht bis auf die Moleküle zurückverfolgen lassen können – somit sei kein Ursache-Wirkungs-Schema ersichtlich. Interdependente Wirkungszusammenhänge müssen berücksichtigt und der Fall Sauls als Unfall angesehen werden. Die Verurteilung RWEs hieße eine „vollständige Transformation der Rechtslage“. Jede*r einzelne Emittent*in, also jede autofahrende Person, dürfe sonst ebenso zur Beseitigung der Beeinträchtigungen durch Klimaschäden aufgerufen werden wie jemand, der*die von Peru nach Deutschland fliegt, wie der Verteidiger provokant anmerkt. Der RWE-Konzern sehe die Verantwortung auch eher bei der peruanischen Regierung oder zwischenstaatlichen Initiativen und Nichtregierungsorganisationen.

„Weil es viele Emittierende gibt, hast du kein Recht“, fasst Verheyen die Aussage RWEs sinnhaft zusammen. Nur weil viele Handelnde aus-

gemacht werden können, hieße das nicht, das Individualschuld nicht zuschreibbar sei. Und RWE trüge mehr durch sich anhäufende CO₂-Emissionen zur Klimaerwärmung bei als der*die durchschnittliche Autofahrende. Das Gericht müsse entscheiden an welcher Stelle es die Notwendigkeit sehe, Interessen auszugleichen, sagt Anwältin Verheyen gegen Ende des Prozesses.

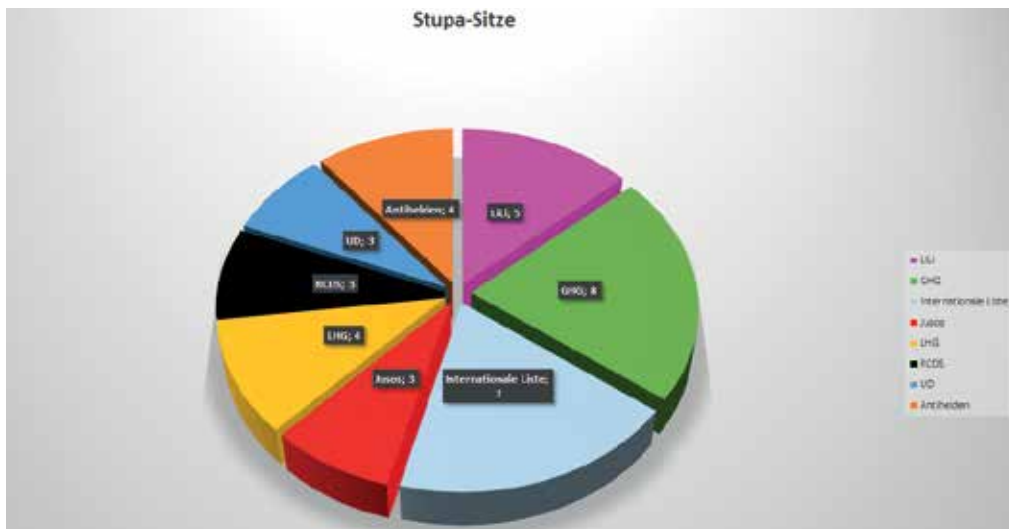
Und jetzt?

Das Gericht vertagt die Verlesung der Entscheidung auf Mitte Dezember. Es soll dort verlesen werden, ob der Beweisführung stattgegeben wird, also ob die Kläger wissenschaftlich RWEs Treibhausgasausstoß und seine Folgen, durch zum Beispiel Studien von der peruanischen Regierung zum Gletscherschmelzen, darstellen darf. Auch RWE wird dann Studien und Beweismaterial vorlegen dürfen. Sollte es danach zu einer Verurteilung kommen hieße das die Anerkennung, dass RWEs Emissionen zum Temperaturanstieg beigetragen haben und in diesem Fall zur Überflutung des peruanischen Dorfes führt.

Sauls Anwältin ist zufrieden mit dem Ausgang des Prozesstags. „Wir sind froh, dass sich das Gericht so auf den Fall eingelassen hat“. Bei der anschließenden Pressekonferenz in der Villa Rü in Rüttenscheid kommt auch der Kläger zu Wort, ein Dolmetscher übersetzt: „Wenn deine Familie in Gefahr ist, ist es klar, dass du Schutzmaßnahmen ergreifst.“ In Peru sei der Fall auch durch die Medien gegangen. Das Anerkennen des persönlichen Leids des Beklagten ist auch von Seiten der fragenden Journalist*innen während der Konferenz zu merken, allerdings wird über die Folgen des Urteils diskutiert. Ob eine Klage folgen könne oder ob es zu absurden Verfahren kommen könnte. Die Anwältin tut dies als unsinnig ab, „da jeder Fall einzeln detailliert geschildert und geprüft werden müsse.“

Umweltverschmutzung gehört bei RWE weiterhin zum Geschäftsmodell und „die herrschende Auffassung, dass es kein Verursacherprinzip bei Extremsituationen gebe“, wird laut Verheyen weitergetragen, wenn RWE nicht verurteilt wird. [lys]

Ihr habt entschieden



Die neue Sitzverteilung im Studierendenparlament. (Grafik:dav)

In den frühen Morgenstunden des vergangenen Samstags, 26. November, stand das Wahlresultat fest. Die Grüne Hochschulgruppe (GHG) bekommt die meisten Sitze im neuen Studierendenparlament (StuPa) der Universität Duisburg-Essen. Die kürzlich formierte Internationale Liste (IL) konnte sich auf Anhieb sieben Sitze sichern. ak[duell] war vor Ort und fasst die Ergebnisse der restlichen Listen und der Urwahlen für euch zusammen.

Zwischen dem 21. und 25. November wurden die Studierenden der Universität Duisburg-Essen an die Wahlurnen gebeten. Neben der Wahl zum StuPa standen noch zwei Urabstimmungen aus. Zum einen sollte darüber entschieden werden, ob der AStA weiterhin Mitglied im freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) bleiben soll, zum anderen ging es um eine mögliche Fortführung der Kooperation mit Nextbike. Für ein verpflichtendes Ergebnis der Urwahl wäre eine Wahlbeteiligung von mindestens 20 Prozent notwendig gewesen. Bereits am Freitagnachmittag stand fest, dass dieses Quorum nicht erreicht werden wird: Die Wahlbeteiligung für StuPa und Urabstimmung lag bei 8,4 Prozent und fiel damit etwas höher aus als bei der vergangenen StuPa-Wahl.

Bis spät in die Nacht zählten die Wahlhelfer*innen die abgegebenen Stimmen im Glaspavillon auf dem Essener Campus. An acht Tischgruppen stapelten sich die Wahlzettel. Im Foyer warteten Vertreter*innen der verschiedenen Listen gebannt auf erste Ergebnisse. Nach jeder ausgezählten Urne wurde getwittert oder das Ergebnis auf Facebook gepostet, in der Zwischenzeit Spiele gespielt. Schnell war klar, dass sich alle Wartenden auf eine lange Nacht einstellen konnten – die erste StuPa-Urne war erst um kurz nach 23 Uhr ausgezählt. Danach plätscherten in unregel-

mäßigen Abständen weitere Wahl-zwischenstände herein. Dass es aber so lange dauern würde, damit hatten wohl die wenigsten gerechnet. Erst um kurz nach 4 Uhr morgens wurde der Erstand verkündet.

Die GHG konnte mit 19,99 Prozent die meisten Stimmen für sich gewinnen und kommt damit auf insgesamt acht Sitze im StuPa, büßt damit jedoch im Vergleich zur vergangenen Wahl drei Plätze ein. Die GHG ist mit dem Ergebnis zufrieden, spricht aber auch von starker Konkurrenz. Auch sei die hohe Zahl von acht Listen nicht außer Acht zu lassen, die bei der diesjährigen Wahl angetreten sind. Die GHG erklärt weiter, das Ergebnis sei für sie „keinesfalls selbstverständlich und wir freuen uns sehr, mit gestärktem Rücken auch in Zukunft für eine soziale, ökologische und gerechte Universität kämpfen zu können.“ Nur knapp hinter der GHG landete mit 19,02 Prozent die neu gegründete IL, die zum ersten Mal überhaupt zur Stupa-Wahl antrat. Auch sie freuen sich über ihren Erfolg: „Der aktuelle AStA hat deutlich verloren. Wie auch die konservative Option, wir und die Antihelden sind die klaren Gewinner dieser Wahl. Das freut uns, denn es hat auch gezeigt, dass viele Studierende etwas Neues wollen.“

Die Antihelden sind die zweite Newcomer-Liste bei der StuPa-Wahl und konnten 11,24 Prozent und damit vier StuPa-Sitze holen. Damit schneiden sie nur knapp schlechter ab als die Linke Liste (LiLi), die 11,91 Prozent erreichte, damit allerdings fünf Sitze im StuPa erhält – zwei Sitze weniger als bei der vergangenen Wahl. Die Liberale Hochschulgruppe (LHG) bekommt mit 10,38 Prozent ebenfalls vier Sitze im StuPa. Die Unabhängigen Demokraten (UD), die Juso Hochschulgruppe sowie der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) kommen mit 8,7 Prozent, 8,17 Prozent und 8,11 jeweils drei Listenvertreter*innen in die Studierenden-

vertretung. Vor allem die UD dürften sich als Verlierer der Wahl fühlen, da sie mit zuvor 7 Plätzen über die Hälfte ihrer Sitze verloren.

Der zukünftige AStA

Wie sich der neue AStA bilden wird, entscheidet sich in der konstituierenden StuPa-Sitzung am Donnerstag, 8. Dezember. Die GHG kann zu möglichen Koalitionen noch keine Angaben machen, erklärt aber: „Wir würden uns natürlich freuen, wenn sich eine Koalition realisieren lässt, in der wir unsere Projekte der vergangenen Jahre fortführen und auf ihrer Grundlage neue Erfolge realisieren können.“ Die IL zeigt sich im Vorfeld bereit mit allen Listen außer dem RCDS Gespräche zu führen, betont aber von „Mindestbedingungen wie den Gebetsraum oder die Verstärkung des interkulturellen Angebots“ nicht abrücken zu wollen.

Mit dem Ablauf der Wahl zeigen sich GHG und IL zufrieden. Allerdings fordert die IL eine Überprüfung der großen Zahl an ungültigen Stimmen, „was nach Aussagen einzelner Wahlausschussmitglieder vor allem uns getroffen hat“, so die IL. Der Wahlausschuss selbst zeigt sich zufrieden: „Die Wahlauszählung sowie die Wahl verlief im Ganzen auf einem guten, professionellen Niveau“. Er zeigt sich aber von der geringen Wahlbeteiligung enttäuscht und meint, man müsse „die Studierenden mehr auf ihr hart erkämpftes Wahlrecht aufmerksam machen.“ Die Beteiligung fällt zwar mit 8,4 Prozent fast 2 Prozent höher aus als bei der Wahl im vergangenen Jahr: mit knapp 3.500 Stimmen bei fast 42.000 Studierenden ist das aber sicherlich noch ausbaufähig.

Mehrheit für Nextbike und fzs

Für die Urabstimmungen wurde ein Quorum von 20 Prozent benötigt. Da die Beteiligung deutlich geringer war, liegt die Entscheidung über den Verbleib im fzs und die Kooperation mit Nextbike nun beim StuPa. Für beide Punkte ließ sich jedoch ein klarer Trend erkennen: Die Studierendenschaft sprach sich sowohl für einen Verbleib im fzs als auch eine Verlängerung des Nextbike-Vertrags aus. Der Unterschied zwischen beiden Abstimmungen spiegelt sich dabei vor allem in der Anzahl der Enthaltungen wider. Für die Fortsetzung der Mitgliedschaft im fzs stimmten 2.015 Studierende und damit 56 Prozent. 409 stimmten dagegen, 1.158 enthielten sich und 44 Stimmen waren ungültig. Bei Nextbike sprachen sich 2.561 Studierende und damit 71 Prozent für eine Fortführung der Kooperation aus, 370 stimmten dagegen, 655 enthielten sich und 42 Stimmen waren ungültig. Wenn auch hieraus noch keine Entscheidungen gefällt werden können, werden die Ergebnisse der Urabstimmungen voraussichtlich richtungsweisend für das StuPa sein. [dav/carol]

Und dann setzte sich die Demokratie weinend in die Ecke



Briefwahl und gleichzeitig Spontankandidaturen zulassen? Kein Problem. Oder doch. (Foto:mac)

Eine Lebensweisheit des Ingenieurs Edward Murphy besagt: „Alles, was schiefgehen kann, wird auch schiefgehen.“ Es hatte den Anschein, als wäre dieser Satz das Motto der vergangenen Vollversammlung des Autonomen AStA-Referates für Studierende mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung der Universität Duisburg-Essen (BckS-UDE) am 24. November gewesen. Wie in jedem Jahr sollten neue Referent*innen benannt werden. Falsche Wahlbekanntmachung, ominöse „Legitimierungen“ und eine seit Jahren gültige widersprüchliche Wahlordnung führten zu einer ungültigen Wahl. Ein Erlebnisbericht.

Bei der Vollversammlung, die im Gegensatz zu den vergangenen Jahren mit über 50 Studierenden gut besucht war, sorgte zunächst die falsche Wahlbekanntmachung vom Wahlausschuss für Unmut. In dieser stand: „Ihr aktives und passives Wahlrecht können alle an der Universität Duisburg-Essen eingeschriebenen Studierenden unter Vorlage Ihres Studierendenausweises ausüben.“ Tatsächlich dürfen laut Wahlordnung des BckS seit 2012 aber nur alle behinderten und/oder chronisch erkrankten eingeschriebenen Studierenden das Referat an der UDE wählen. Noch dazu müssen Wähler*innen durch Vorlage eines Attestes, eines Behindertenausweises oder einer Bescheinigung der*des Beauftragten für Behinderung im Studium ihre Erkrankung nachweisen.

„Wir müssen nicht päpstlicher sein als der Papst“

Viele Anwesende fühlten sich falsch informiert, der Wahlausschuss sprach direkt zu Anfang die Empfehlung aus, die Wahl zu vertagen. Allen voran Benjamin Grabowski, BckS-Referent, war jedoch für eine Weiterführung der Wahl: „Wir müssen nicht päpstlicher sein als der Papst.“ Er könne, da er ja auch stellvertretender Beauftragter für Behinderung im Studium sei, die Wähler*innen ja direkt „legitimieren“. Die Mehrheit der Anwesenden entschied sich dafür und es ging weiter: Acht Kandidat*innen, darunter alle drei vorherigen BckS-Referent*innen, stellten sich vor. Zwei Stellen sollten jeweils doppelt besetzt werden.

Bevor es dann jedoch an die Wahl gehen konnte, mussten die Anwesenden, wie zuvor vereinbart, durch den Beauftragten und gleichzeitigen Kandidaten zur Abstimmung zugelassen werden. Eine Stunde lang betraten die Studierenden nacheinander einzeln den Seminarraum im R12-Gebäude während die anderen auf dem Flur warteten. Vor Grabowski sowie allen drei Mitgliedern des Wahlausschusses, musste die eigene Erkrankung oder Behinderung erklärt werden. Das sorgte für heftige Kritik: „Also ich verzichte auf mein Wahlrecht. Ich habe eine Krankheit, die vor allem Frauen* betrifft und mit Scham verbunden ist, die werde ich da ganz bestimmt nicht vor allen erklären“, sagt Marie*. Andere, die von Grabowski zur Wahl nicht zugelassen wurden, machten ihrem Unmut vor der Tür lautstark Luft. Am Ende waren 23 Personen wahlberechtigt, die Mehrheit war schon frustriert nach Hause gegangen.

„Hier sind ja noch Briefwahlstimmen“

Die Wahl fand dennoch statt und wurde nach geschlagenen zweieinhalb Stunden ausgezählt. Kurz vor Schluss fiel jedoch auf: Es gab noch Briefwahlstimmen. Schade nur, dass die Wahlordnung des BckS auch Spontankandidaturen zulässt. Von dieser Möglichkeit hatte einer der Kandidierenden auf der Vollversammlung Gebrauch gemacht. Trotz mehrfachen Versuchen per E-Mail in Kontakt mit dem BckS zu kommen, wusste er nicht genau, wie er kandidieren konnte. Dass sich Briefwahl und Spontankandidatur ausschließen, ist weder den Referent*innen in den vergangenen vier Jahren noch dem diesjährigen Wahlausschuss aufgefallen.

Die Briefwahlstimmen wurden trotzdem noch ausgezählt. Es folgte die Katharsis des Abends: Mit Briefwahl wären die Kandidierenden Olga und Benjamin (bisherige Referent*innen) sowie Rafael und Josefine gewählt worden. Nur mit den Stimmen der Vollversammlung wären Rafael, Büschra, Negina und Volkan ins Referat eingezogen. Dem Wahlausschuss blieb nur, die Wahl für ungültig zu erklären. Vorhang zu. Die nächste Vorstellung des hochschulpolitischen Trauerspiels soll am 22. Dezember mit einer erneuten Vollversammlung stattfinden. [mac]

Bilden

Blackbox Türkei



Nach dem Putschversuch im Juli befindet sich die ohnehin immer wieder von terroristischen Anschlägen heimgesuchte Türkei im Dauer-Ausnahmestand. Ismail Küplei, Politikwissenschaftler unter anderem an der Ruhr-Uni Bochum, rekapituliert die Entwicklungen des vergangenen Jahres und formuliert eine Prognose über eine mögliche Zukunft der Türkei.

↗ **Donnerstag, 1. Dezember, Schauspielhaus Dortmund, Felicitasstraße 2, Eintritt frei**

Ballern

Bässe auf die Ohren

Im Autonomen Zentrum in Mülheim findet wieder einmal die Chaoz, eine Drum'n'Bass-Party statt und lädt alle zappel- und tanzwütigen Dancefloorheld*innen zum gepflegten Hüftschwung ein. Ohne Homophobie, Sexismus und Rassismus gibts friedlich-freundlich laute elektronische Musik zum Raven gegen Deutschland.

↗ **Freitag, 2. Dezember, 22 Uhr, AZ Mülheim, Auerstraße 51, 3 Euro**

Bauchvollschlagen

Veganes Mampfen

Zum vierten Mal findet am Sonntag MAMPF im Düsseldorfer zakk statt. Während der Adventsausgabe des veganen Basars präsentieren verschiedene Aussteller*innen und Organisationen ihre Arbeit und Projekte. Restaurants aus der Region bieten im Biergarten allerlei Möglichkeiten zum Futtern, außerdem gibt es einen Upcycling Workshop, einen Malraum für Kinder und Live-Musik in der zakk-Kneipe. In der Halle versorgt euch DJ Buzz mit Indie, Soul und Funk.

↗ **Sonntag, 4. Dezember, 11-17 Uhr zakk Düsseldorf, Fichtstraße 40, 3 Euro Eintritt für Erwachsener, Kinder unter 12 frei**

"Punkerdisko" ade: Es lebe das 3-Gänge-Menü

Es hatte alles so schön angefangen: Im Februar eröffnete das linke Zentrum Alibi in der Gladbecker Straße 10, direkt in Campusnähe, seinen Freiraum (akduell berichtete). Seitdem wurden Solipartys, Konzerte und Kneipenabende gefeiert; diskutiert, genäht, getauscht, gesungen und Vorträgen gelauscht. Mit Konzerten und fetten Partys muss im Alibi nun allerdings Schluss sein, denn der Vermieter möchte ansonsten den Vertrag mit der Schöner Links Ratsgruppe, die die Räume der unabhängigen Alibi-Gruppe zur Verfügung stellt, kündigen. Marie Eberhardt sprach mit einem Teil des Plenas über Punker*innendiskos, Protestkultur und wie es mit dem Alibi weiter geht.

ak[duell]: Das Alibi war im Februar mit einer Fülle an Ideen gestartet. Letztendlich fanden vor allem Konzerte und Partys statt. Warum hat sich das Ganze eurer Meinung nach so entwickelt?

Frau X: Punkerdiskos finden von alleine statt, Vorträge nicht. Das ist meine Erfahrung.

Katerich: Eine Idee war ja auch, ein offener Raum zu sein und Leute ihre eigenen Ideen einbringen zu lassen. Das hat sich eben so ergeben, dass die meisten Leute Partys machen wollten und viele Ideen, die am Anfang im Raum standen, sich nicht ergeben haben.

Peterchen: Das Alibi wurde für viele Leute in Essen erstmal zum Treffpunkt und Freiraum. Viele wollten zunächst feiern und nicht so viel Politik machen.

Carlotta: Ich finde aber nicht, dass sich das widerspricht. Für mich ist es zum Beispiel was anderes auf ein Konzert zu gehen, wo ich weiß, dass das ein Schutzraum ist, als in irgendeinem x-beliebigen Laden zu gehen.

ak[duell]: Ist Party vielleicht auch Protest beziehungsweise Politik?

Frau X: Nein, auf keinen Fall.

Carlotta: Ich würde da widersprechen und sagen, erstens Schutzraum und es ist eben eine andere Art mit Leuten zusammen zu kommen und sich zu vernetzen und so später doch etwas Politisches und Kreatives zusammen machen zu können.

Katerich: Es haben sich auf jeden Fall viele Leute kennen gelernt. Neue Freundschaften, Beziehungen, aber zum Beispiel auch Bandprojekte sind entstanden.

Carlotta: Und ich finde, das hat in Essen vorher gefehlt. Das habe ich mir vom Alibi auch erhofft, dass man hier wirklich einen zentralen Anlaufpunkt hat, wo man einfach hinkommen kann und fast jeden Abend nette Leute trifft.

Katerich: Der Protest spielt sich heutzutage ja auch viel über soziale Medien ab. Zwar gibt es jetzt kaum noch Bilder, wo Menschen haufenweise auf die Straße treten, aber ein politisches Bewusstsein wird ja trotzdem an den Tag gelegt.

Frau X: Ist nur die Frage, ob sich denn durch Facebook die Politik ändern lässt?



Das Alibi nach einer Kunstaktion.

ak[duell]: Was macht das Alibi für euch aus?

Katerich: Ich finde es cool, dass es ein Raum zum Experimentieren ist. Bei einem Job stehst du unter einem gewissen Druck und kannst dich nicht oft ausprobieren. Du kochst zum Beispiel total gern, hättest aber keinen Bock in der Küche zu arbeiten, weil die Bedingungen da scheiße sind, dann kannst du hier gemeinsam mit anderen Erfahrungen machen.

Frau X: Auf jeden Fall die Atmosphäre. Hier geht es wesentlich solidarischer zu und der Raum ist offen für Chaos. Du fühlst dich nicht gedrängt bestimmte Sachen abzuliefern.

Peterchen: Du darfst auch sein, wie du willst, mit ein paar Regeln natürlich. Aussehen wie du willst, relativ frei reden und verhalten wie du willst.

ak[duell]: Wofür ist hier kein Platz?

Fullthrott: Du kannst hier im Prinzip alles machen, wodurch du andere Menschen in ihrer Art zu leben nicht einschränkst.

Carlotta: Tatsächlich ist das für mich die andere Seite vom Freiraum: Ich habe die Möglichkeit mitzugestalten und ich bin frei davon, dass mich andere aufgrund des Geschlechts,

der Herkunft, Sexualität, was auch immer, doof anmachen.

ak[duell]: Warum wollen viele Leute eher nur unterhalten werden, sprich konsumieren statt selbst zu produzieren?

Katerich: Tiefenpsychologie oder so. (lacht) Die Angst vorm Scheitern und Druck? Und vielleicht fehlen Menschen, die dasselbe mögen und allein ist ein Anfang schwer.

Fullthrott: Und weil man keine Möglichkeiten hat. Bei vielen Veranstaltungen kannst du nicht einfach hingehen und sagen, ich möchte auch mal kochen oder ich möchte auch mal Theke machen oder was auch immer.

King Kerosin: Es scheitert auch häufig an Produktionsmitteln.

Frau X: Raum.

Katerich: Ordnungsamt. (lachen)

ak[duell]: Oder dem Vermieter. Wie geht es denn jetzt weiter mit dem Alibi?

Fullthrott: Ich würde jetzt die Situation nicht als Chance sehen, auf die man immer gewartet hat. Das, was man daraus macht, kann natürlich was Gutes sein, aber dass man zurück gedrängt wird, Regeln auferlegt bekommt, ist natürlich nichts Gutes.

Carlotta: Wobei ich sagen muss, ich finde es ziemlich außergewöhnlich, dass man jetzt nicht sagt, es ist vorbei, wir können nichts mehr machen, sondern jetzt erst Recht. Und wir überlegen uns viele Veranstaltungen wie ein Restaurant mit einem Drei-Gänge-Menü gegen Spende, Spieleabende, Vorträge, ein offenes Café als Arbeitsort oder um sich gegenseitig zum Beispiel Instrumente beizubringen. Einen Lesekreis.

Katerich: Es ist aber alles noch total ungewiss. Es wäre nur schade, den Raum verkommen zu lassen und die Gruppe, die sich gefunden hat. Gerade im Winter, wo es schwer fällt einen anderen Raum zu finden. Deshalb soll dieser Raum erstmal weiter als offener Ort für Leute da sein.

Wer eine Veranstaltung planen möchte oder einfach mal neugierig ist: Jeden zweiten und vierten Donnerstag ab 19 Uhr findet ein Treffen in der Gladbecker Straße 10 statt.

<http://alibi-essen.de>

Nächste Termine:

- 4. Dezember, ab 20 Uhr:** Anti-Identitäre Aktion / Performance von Joscha Hendrix Ende
- 7. Dezember, ab 19 Uhr:** Spieleabend
- 9. Dezember, ab 18.30 Uhr:** Restaurant

Wie ich zu Banana-Joe wurde

Nachmittage, Abende und ganze Nächte haben sich Generationen von Videospiele*rinnen um die Ohren geschlagen, um bloß das nächste Level zu erreichen. Auch ich zähle mich zu diesen Konsolenheld*innen. Deshalb habe ich mich mega gefreut, an diesem wunderschönen Samstag, 26. November, nach Herne fahren zu dürfen, wo die sogenannte „8bit. ism“ stattfindet. 40 Jahre Videospiegeschichte warten nur darauf, mich in den Bann der virtuellen Welten zu ziehen.

Aber was genau wird mich erwarten? Welcher Typ Mensch besucht diese Art von Veranstaltungen? Ich selber passe nicht ins stereotype Klischee einer Gamer*in – und freue mich dennoch, nach jahrelanger Abstinenz an einem alten Arcade-Automaten ein paar Runden Space Invaders genießen zu dürfen. Begleitet durch meine beiden Freunde lerne ich im postalkoholisierten Gemütszustand die Trostlosigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs kennen, bevor wir nach einer einstündigen Fahrt und anschließendem Fußmarsch endlich die Flottmannhallen erreichen.

Vor dem schicken alten Industriegebäude lässt es sich gut bei einer Zigarette aushalten. Das Wetter ist töfite – wie wir hier im Ruhrgebiet sagen. Wir betreten die Halle und ein ohrenbetäubender Lärm lässt mein Trommelfell erbeben. Der Fokus meiner Begierde zieht sich auf einen kleinen, gläsernen Tisch. Auf dem sich unter dem Möbelstück befindlichen Bildschirm erleuchtet etwas Wundervolles die düstere Halle und lässt mein inneres Spielkind Jubelsprünge machen: Space Invaders lädt mich ein, in eine galaktische Welt einzutauchen. Großartig! Noch großartiger ist, dass auch Bier verkauft wird, allerdings wird bei dieser Art von Veranstaltung – beklagenswerter Weise – nicht viel Bier verkauft, wie mir die Dame an der Theke verrät.

Aber zurück zu dem, was uns in der Halle an Spielmöglichkeiten geboten wird. Im oberen Bereich der Halle steht sie da, die legendäre PlayStation 2. Wieder werde ich in der Zeit zurückgebeamt. Spätestens als ich mich an die Konsole setzte und bei Need for Speed Underground mit einem Affenzahn um die engen Kurven drifte, kommt alles hoch. Nicht nur das Spielgefühl von damals. Ich weiß auch sofort wieder, mit wem ich damals in heißen Schlitten um die Wette raste und dass ich die eine oder andere Schulstunde wegen diesem Spiel nicht wahrnehmen konnte. Aber wie werde ich denn nun zu Banana-Joe?

Meine Freunde reißen mich abrupt aus meiner nostalgischen Erinnerungsröhrung als es heißt, dass wir uns noch für das MarioKart-Turnier anmelden können. Bei solch einem ehrenhaften Anlass gebührt es sich selbstredend nicht, mit dem



Vor den Konsolen finden sich Spieler*innen in fast jeder Altersklasse. (Foto: mehu)

bürgerlichen Namen anzutreten. Banana-Joe? Der Name ist doch schon eher ein Aushängeschild und lässt jede*n berechtigterweise in Ehrfurcht erstarren. Bananen sind gemeinhin ja als angsteinflößendes Lebensmittel bekannt. Gespielt wurde Mario Kart Double Dash auf dem Nintendo Game Cube. Diese neue technische Errungenschaft habe ich vorher nie gespielt. Das einzig wahre Mario Kart ist das für den Nintendo 64 – eine Erkenntnis, die ich mal lieber für mich behalten habe.

Banana-Joes großes Spiel

Um 16 Uhr erreicht die Spannung ihren Höhepunkt. Der Turnierleiter Pierre begrüßt uns herzlich und teilt uns in zwei Achter-Gruppen ein. Unter anderem bin ich in einer Gruppe mit einer gewissen Dragon Lady und einem Pokémon Master. Ich rechne mir für das Turnier keinerlei Chancen aus. Und das hilft mir, den Druck zu nehmen. Das erste Rennen läuft eher schlecht. Ich bin Sechster von Acht. Aber das kann man bei den insgesamt 16 Runden als Aufwärmtraining bezeichnen. Das zweite Rennen ist dann noch schlechter. Siebter. Rechts von mir sitzt MC Sexy Priest und ich versichere euch, er ist nicht sexy. Aber verdammt gut in diesem Spiel! Ich lasse ihn in der Hoffnung eines Nachteilsausgleiches die Information zukommen, dass ich das noch nie gespielt habe. Er nickt und entgegnet, dass er sonst nur Mario Kart auf der Wii gespielt habe. Ich bin mir nicht sicher, ob ich ihm das bei seiner Performance glauben soll. Die nächsten Runden habe ich mich einigermaßen gut geschlagen. Nachdem ich dreimal den fünften Platz belege, klettere ich nun aufs Sieger*innentreppehen und ergatterte die imaginäre silberne Medaille. Jubelnd springe ich auf und nehme eine

triumphale Siegerpose ein. Die Freude der anderen Spieler*innen über meine Platzierung hält sich in Grenzen.

Banana-Joe ist big im Business. Alle sollen sich vor mir fürchten. Ich fühle den Druck der Competition. Ich entwickle einen Tunnelblick und fluche lautstark über jede Banane, über die ich mit meinem mobilisierten Gefährt brettere. Nach dem sechsten Rennen liege ich auf dem dritten Platz in meiner Gruppe. Mein ärgster Verfolger ist Max auf Stuhl Eins. Als ich realisiere, dass ich ins Finale einziehen kann, holen mich meine Nerven ein. Ich bin fünfter, Max dritter und schon bin ich meinen Platz an Max los. Nicht nervös werden, Banana-Joe! Du hast dich bis jetzt gut geschlagen. Max ist nun mein einziger Feind. Ich führe mit ihm einen lockeren Smalltalk, um ihn mit meinem zarten Stimmchen abzulenken und seine Taktik auszuloten. Hat er es drauf oder war das alles Glück? Das nächste Rennen. Ich werde Sechster. Max wird Vierter. Der Abstand wird größer. Ich muss mir was einfallen lassen. Ich biete ihm an, in der nächsten Runde um ein Bier zu spielen. Ich werde Fünfter und Max lasse ich hinter mir. Korrekt, Bier.

Am Ende der Vorrunde bleibt es beim vierten Platz für mich. Damit bin ich im Finale. Meine beste Platzierung in 16 Rennen war ein sechster Platz. Am Ende hat Andre H. gewonnen. Er ist extra aus Münster angereist und hat sogar seinen eigenen Controller dabei. Nach dem hitzigen Turnier unterhalte ich mich den Jungs und Mädels von „Insert Coins“, die aus Liebe zum Videospiele einen eingetragenen Verein gegründet haben. Das sind alles nette Menschen und die machen eine gute Sache. Ich werde meinen Beitrag dazu leisten und mich bald als Mitglied anmelden. [mehu]

Wer ist eigentlich diese...



Ein- oder ausgeklammert: Was ist der Kern der Mitte der Gesellschaft? (Foto: Klaus Frieze, flickr.com, CC BY-SA 2.0)

Die fiktive Manuela Mitte ist etwa 50,3 Jahre alt, hat ein mittleres Einkommen, die deutsche Staatsangehörigkeit und im Sommer mit dem Sozialwissenschaftlichen Umfrageinstitut GmbH aus Duisburg telefoniert. Denn die neu erschienene Mitte-Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universität Bielefeld wollte von ihr wissen, ob und wie weit sie rechtsextremen oder menschenfeindlichen Einstellungen zustimmt. Und die Ergebnisse sind harter Tobak.

So wäre Manuela Mitte wie 40 Prozent der Befragten der antisemitischen Meinung „[b]ei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ Ebenso viele Menschen finden auch, die deutsche Gesellschaft würde durch den Islam unterwandert. Und auch, man könne auch „nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne als Rassist beschimpft zu werden“. Außerdem hätte Manuela Mitte, wie etwa die Hälfte der anderen Befragten, Vorurteile gegenüber Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen.

Geflüchtete? Nur aus Kriegsgebieten

Insgesamt findet Mitte wie die Mehrheit der Befragten die Aufnahme von Geflüchteten zwar gut, besonders wenn die Menschen vor Krieg geflüchtet sind (86,1 Prozent der Befragten findet, Deutschland sollte Menschen

aus Kriegsgebieten aufnehmen). Aber: 63 Prozent sind wie Mitte eben auch der Meinung, dass „Wirtschaftsflüchtlinge‘ direkt zurückgeschickt“ werden sollten.

Manuela Mitte würde sich auch für eine Obergrenze für die Aufnahme von Schutzsuchenden Menschen aussprechen – wie etwa 38 Prozent der Befragten und Horst Seehofer. Und sie hätte sich wie die Mehrheit (51 Prozent) nicht für Geflüchtete engagiert und kein Mensch aus ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis würde dies tun. Gleichzeitig würde sie aber eher, wie 45 Prozent der Umfrageteilnehmenden, an einer Demo gegen Rassismus teilnehmen statt wie sieben Prozent auf einer Demo gegen Zuwanderung mitlaufen.

Noch dramatischer sähe ihre Einstellung aus, wenn man annimmt, dass Manuela Mitte zu den Befragten gehörte, die die AfD wählen. Dann wäre sie fremdenfeindlich (wie 68 Prozent), muslimfeindlich (wie 64 Prozent), hätte antiziganistische Meinungen (59 Prozent) und würde Asylsuchende (88 Prozent) und arbeitslose Menschen (68 Prozent) abwerten.

Das Bundeskriminalamt registrierte bis August 2016 335 Straftaten mit rechtem Hintergrund gegen Unterkünfte für geflüchtete Menschen. In 40 Fällen griffen die Täter*innen mit Brandsätzen an. Drumherum stand manchmal auch ein Mob und klatschte sogar Beifall. Es mag eine Minderheit sein, die sich freuen würde, wenn Menschen brennen. Aber würde diese sich nicht teilweise auch als Mitte der Gesellschaft bezeichnen? [mac]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro) Marie Eberhardt (mal), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de

HIRNAKROBATIK

2				6	9
3			6	8	
		8	2		3
7			8	6	9
1	8		5		6
4		3	1		8
5		7	4		
		4	3		5
	2	7			6

WOHNHEIMGESCHICHTEN

